Betreff: Hinweise zum Umgang mit asbesthaltigen Bauproducten (z.B. asbesthaltiger Putz, Spachtelmasse, Fliesenkleber: kurz „PSF“) bei notwendigen Umbau-/Sanierungsmaßnahmen in älteren Dienstgebäuden

Aktenzeichen: Z 12/2116.6/9
Datum: Bonn, 12.02.2020
Seite 1 von 4


Im eingebauten, ungestörten Zustand geht von asbestbelastenden Bauproducten i.d.R. keine Gefahr für die Gesundheit aus, da im eingebauten Zustand praktisch keine Asbestfasern freigesetzt werden.

Abhängig von den Materialeigenschaften der PSF, aber primär abhängig von den Arbeitsverfahren, kommt es beim Bearbeiten (z.B. Ab-

Die TRGS 519 gilt für den Umgang mit schwach und fest gebundenen Asbestprodukten und konkretisiert die Forderungen aus der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV). Ein sorgloser Umgang mit hohen Asbestfaserversetzungen bei notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen kann die Gesundheit der Nutzer des Gebäudes und des eingesetzten Baupersonals im hohen Maße gefährden.

Bei notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an schadstoff-belasteten Bauprodukten wird der Bauherr bzw. der Veranlasser in Bezug auf die dabei anfallenden bzw. freisetzbaren Gefahrstoffe zum erneuten Inverkehrbringer gemäß der GefStoffV. Verantwortlicher Bauherr bzw. Veranlasser für die Unterhaltung und Sanierung der Dienstgebäude des Bundes ist im Regelfall die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) und diese hat als Eigentümerin im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung nach § 6 GefStoffV die Ermittlungspflicht über vorhandene Schadstoffe in den übertragenen Dienstgebäuden des Bundes.

Diese Ermittlungspflicht (Erkundung, Bewertung, Dokumentation) kann von der Eigentümerin durch die Erstellung eines Schadstoff-/Gefahrstoffkatasters für ein Dienstgebäude erfüllt werden. Neben Asbest sind im Rahmen der Gefahrenabwehr ggf. auch Stoffe wie PCB (polychlorierte Biphenyle), PAK (Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe und PCP (Pentachlorphenol) zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Fürsorgepflicht der Behördenleitung gegenüber den eigenen Beschäftigten und sonstigen Nutzern von Dienstgebäuden ist bereits vor Beginn einer geplanten Umbau-/Sanierungsmaßnahme (auch bei Hausmeistertätigkeiten, welche einen Eingriff in die Bau- substanz erfordern) ein entsprechendes Gefahrstoffkataster auf Grundlage einer belastbaren Erhebung von der BlmA einzufordern, ob asbesthaltige Bauprodukte in dem Dienstgebäude vorhanden sind.

Liegst kein Schadstoff-/Gefahrstoffkataster für ein Gebäude vor, sind die von den Umbau-/Sanierungsmaßnahmen betroffenen Gebäudeteile im Auftrag der Eigentümerin im Vorfeld jeglicher Baumaßnahmen im Zusammenhang mit PSF durch einen Asbestsachkundigen oder Sach-
verständigen für Gebäudeschadstoffe auf das Vorhandensein asbesthaltiger Bauprodukte überprüfen zu lassen.

Es wird in diesem Zusammenhang explizit darauf hingewiesen, dass PSF gem. TRGS 519-2019 auch anderen ehemals verwendete bauchemische Produkten mit vergleichbaren Asbestgehalten beinhaltet, wie z.B. PAK- oder PCB-haltige Bodenkleber.

Werden asbestbelastete Bauprodukte identifiziert, hat der Bauherr bzw. der Veranlasser auf Grundlage einer Gefährdungsbeurteilung die geeignete Sanierungstechnologie nach Maßgabe der (TRGS 519 und ggfs. weiteren Regelwerken bei Vorhandensein weiterer Schadstoffe) festzulegen und in einem Arbeitsplan zu dokumentieren. Gefährdungsbeurteilung und Arbeitsplan sind in gegenseitiger Abhängigkeit zu sehen und sollten deshalb im Zusammenhang erstellt werden.

Ein Formular zur Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung und des Arbeitsplanes wird u.a. als Anlage 1.4 in der TRGS 519 zur Verfügung gestellt.


In diesem Zusammenhang wird auch auf die Verpflichtung zur Aufstellung einer Unterlage für spätere Arbeiten (am Bau) gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 BaustellV hingewiesen.

**Zusatz für die GDWS Bonn**

Bei notwendigen Umbau- /Sanierungsarbeiten an Betriebsgebäuden der WSV, die nicht ins Eigentum der BImA überführt worden sind,
verbleibt die Ermittlungspflicht über ggf. vorhandene Schadstoffe bei der jeweils zuständigen Behördenleitung.

Im Auftrag
Ludwig Kern

Beglaubigt:

Angestellte